

Zum letzten Mal

Im Mittelpunkt standen, neben der Diskussion und Verabschiedung einer neuen Satzung, die Themen Kampf gegen die Streichung des Weihnachtsgeldes und die Schulstrukturfrage nach dem Volksentscheid

So alt wie er, Fredrik Dehnerdt, der die Debatte leitete, jüngstes Mitglied des Präsidiums, sei die Satzung. Und weil seit 1976 doch so Einiges passiert sei, wäre es längst an der Zeit, die Satzung den veränderten Verhältnissen anzupassen. Kernstück der Reform, so Bernd Viet als Mitglied der Satzungskommission, sei die Zusammenlegung der LandesvertreterInnenversammlung (LVV) mit der Vertrauensleuteversammlung (VV) zu *einem* Gremium. Es sei einfach besser, die Kräfte zu bündeln. Fortan wird dieses neu geschaffene Gremium unter dem Namen *Hamburger Gewerkschaftstag* dafür sorgen, die Schlagkraft unserer Gewerkschaft zu steigern, so die Hoffnung aller an dieser Ände-

rung Beteiligten. Doris Lohmann von der Jungen GEW erläuterte die Prämissen, unter denen man die zahlreichen Änderungen vorgenommen habe: Man wolle mehr Mitglieder ansprechen, damit sich diese aktiv an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen, die Förderung des Generationenwechsels betreiben und die in der alten Satzung zahlreichen Doppelnennungen vermeiden. Im Zusammenhang mit dem in Hamburg ziemlich einmaligen Rotationsprinzip nach zwei 3-jährigen Amtsperioden plus zwei Jahren in Ausnahmefällen schlug die Kommission vor, dies auf zwei mal vier Jahre plus ein Jahr Ausnahme auszudehnen, da die Amtsperiode mit der Legislaturperiode der Personalräte kom-

patibel sein müsse.

Die Mitglieder der Kommission waren wohl sehr überzeugend: Zu all diesen Punkten gab es wenig Widerspruch. Gegenständlicher Meinung war man in Hinblick auf die Machtkompetenz des Geschäftsführenden Ausschusses (GA), da dieser zu einer Arbeitsniederlegung aufrufen könne. Im Vorfeld der Abstimmung konnten die Unterzeichner des Gegenantrags allerdings überzeugt werden, dass dies aus pragmatischen Gründen kaum anders möglich sei.

Mächtiger Gegenwind blies den Kommissionsmitgliedern allerdings in der Sache Geschlechterbenennung entgegen. Die Kommission hatte nämlich vorgeschlagen, ausschließlich die weibliche Form in der neuen Satzung zu verwenden. In einer Fußnote sollte erklärt werden, dass hiermit die männliche Form eingeschlossen sei. Insbesondere aus den Reihen der Ruheständler wurde an dieser Stelle deutlicher Unmut laut. Der Versuch von Kollegin Gerlinde Hartmann deutlich zu machen, dass die Sprache die Realität strukturiere und diese nun einmal nach wie vor männlich geprägt sei, der Lohnabstand zwischen den Geschlechtern beredetes Zeugnis dafür sei, hatte nicht den notwendigen Erfolg. Der Vorschlag der Kommission, ausschließlich die weibliche Form zu verwenden, erhielt letztendlich nicht die notwendige 2/3 Mehrheit.



„Streichung des Weihnachtsgeldes – das ist Diebstahl“, Uwe Grund, unser neuer Hamburger DGB-Vorsitzende

Schulter an Schulter

Einstimmigkeit gab es in der Zurückweisung der Sparbe-

schlüsse des Hamburger Senats. Wer an Kultur und Bildung spare, könne, so der Vorsitzende, nicht damit rechnen, dass die GEW ihre Mitglieder zur Wahl eben dieser Parteien rate. Angesichts deutlicher Steuermehreinnahmen sei es ohnehin überhaupt nicht mehr vermittelbar, weshalb die Hamburger Beamtenschaft durch die Streichung des Weihnachtsgeldes, was bei den LehrerInnen de facto 5% Einkommenskürzung bedeute, für die Fehler der Politik aufkommen müsse. Das Milliardengrab HSH, inklusive der sich um sie rankenden Finanzskandale, sei allein das Ergebnis einer Politik, die sich zur Geisel der Wirtschaft gemacht habe. Der Hamburger DGB-Vorsitzende Uwe Grund, als Gastredner geladen, sprach schlicht von Diebstahl. Ohne Not werde den Beamten in die Tasche gegriffen, während man für die hoch mietsubventionierte Hafencity für zwei (!) Stationen U-Bahn locker 340 Millionen ausgeben würde. Geld für eine berittene Polizeistaffel oder eine neue Schießanlage sei ebenfalls kein Problem. Das größere Problem sei allerdings, dass der Staat beide Augen schließe, wenn es darum gehe, den Reichen in der Stadt in die Tasche zu greifen. Steuermehreinnahmen von 100 Millionen hätten die Selbstanzeigen jener eingebracht, die sich gemeldet hatten, nachdem der Staat sich entschlossen hatte, die Daten-CD mit den Namen deutscher Steuerbetrüger zu kaufen. Und dies, fügte er hinzu, seien die Daten einer (!) Bank gewesen. Allein ein Ort im Klein-Walsertal mit 1200 Bewohnern beherberge bereits 8 (!) solcher Institute. Höchste Zeit also, Steuerehrlichkeit einzufordern, so der DGB-Vorsitzende. Gepaart mit der Erhöhung des Spitzensteuersatzes, einer Erbschaftsteuer, die diesen Namen verdiene und der Wiedereinführung der Vermögenssteuer gebe es überhaupt keinen Grund mehr



Die Antragskommission – Volle Konzentration – Helga Fasshauer, Bernd Viet

zu sparen. Folgen wir in diesem Fall, so Uwe Grund unter viel Beifall, einmal unserem Wirtschaftsminister Brüderle, der aktuell direkt die Tarifparteien auffordert, ordentliche Lohnabschlüsse hinzukriegen.

Dass wir Kampfbereitschaft entwickeln müssen – hierauf hatte zu Beginn der Versammlung bereits Klaus Bullan hingewiesen – sei dringend notwendig. Erstmals sei die Entgeltordnung für Lehrkräfte (Lego) Verhandlungsgegenstand zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, insbesondere der GEW also, bei der wir endlich eine einheitliche LehrerInnenbesoldung durchsetzen wollen. (Ausführliche Berichterstattung in der E&W) Dies geschehe in den Tarifverhandlungen (Februar/März 2011), die durch den immer stärker wachsenden Anteil angestellter Lehrkräfte (vor allem in den neuen Bundesländern) an Bedeutung gewinne. Die Wut über die Streichung unseres Weihnachtsgeldes sollte uns aber schon vorher auf die Straße bringen, wobei eine Arbeitsniederlegung – diesmal alle Bereiche und alle Altersgruppen der Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen einbeziehend – nur die notwendige Folge wäre, sollte der Senat den Beschluss nicht zurücknehmen.

Sich der Bedeutung eines solchen Schrittes bewusst, wurde

auf der Versammlung eine Arbeitskampfleitung gewählt.

2 Säulen – mehr Fragen als Antworten

Sigrid Strauss hatte im ersten Beitrag auf die Perspektiven, die sich nach dem verloren gegangenen Volksentscheid ergäben, hingewiesen. „Die GEW wird ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung auf die Stadtteilschulen richten, sich in eine attraktive und inklusive Schulform zu entwickeln“, so die stellvertretende Vorsitzende. „Dabei wird es vor allem um die Sicherung von Oberstufen an jeder Schule gehen, den Ganztagschulbau unter akzeptablen Bedingungen, um die Studien- und Berufsorientierung der Beruflichen Schulen und den individualisierten Unterricht.“ Die GEW werde Gymnasialkolleginnen unterstützen, die auf Abschlüssen in den Probejahren verzichten würden. Und, so Sigrid weiter: „Deshalb brauchen auch Gymnasien eine bessere Ausstattung, um sowohl SchülerInnen bis zum Ende der Pflichtschulzeit zu behalten als auch um innovative Konzepte umsetzen zu können.“

Wir hätten nun eine Struktur, so der Tenor vieler Beiträge in der Debatte zum Antrag „Schulstruktur verbessern“, die wir zwar nicht gewollt, mit der wir aber umzugehen hätten.



Gerlinde Hartmann: Sprache strukturiert die Wirklichkeit – und die ist immer noch patriarchalisch

Mehrere RednerInnen wiesen darauf hin, dass, wenn die Stadtteilschule nicht zur Restschule werden solle, sie materiell so ausgestattet sein müsse, dass sie einer zeitgemäßen Pädagogik gerecht werde. Dies heiße, in Verbindung mit dem Wettbe-

werbsvorteil des 13. Jahres bis zum Abitur, die grundsätzlichen Zweifel zwar nicht aufzugeben, aber vielleicht zurückzustellen.

In Bezug auf die Gymnasien verteidigte Hans Voß die im Antrag zur Schulstruktur (s. Kasten S. 29) gestellte Forderung nach

deren besserer Ausstattung. Die Gymnasien würden dadurch, dass kein/e SchülerIn mehr sitzen bleiben oder abgeschult werden dürfe, vor Aufgaben gestellt, die sie mit der gegenwärtigen personellen Ausstattung unmöglich schultern könnten.

Spätestens als ein Gymnasialkollege die Forderung nach Wiedereinführung eines optionalen 13. Schuljahres am Gymnasium in den Leitantrag einbringen wollte, wurde klar, dass die dahinterstehende Strukturfrage zu komplex ist, als dass sie an diesem Abend abschließend beurteilt und abgestimmt werden konnte. Die Anwesenden begriffen, dass dies erst der Auftakt zu einer länger währenden Diskussion um die Schulstrukturfrage gewesen war.

Keinen Schritt zurück

In Sachen Arbeitszeit war man sich einig, dass das unsägliche Mehrarbeitszeitmodell auf den Müllhaufen gehöre. Gerade die jüngsten „Reform“-Vorhaben

Erklärung des Vorsitzenden zum aktuellen Stand der Verhandlungen zu Ro19

Einige von euch werden aus Presseartikeln der letzten Zeit mitbekommen haben: Wir sind mit verschiedenen Seiten aus der jüdischen Community in Hamburg im Gespräch darüber, unser Haus Rothenbaumchaussee 19 zu verkaufen.

Ein Konzept, das Gebäude an einen Investor aus dem Umfeld der jüdischen Gemeinde zu verkaufen mit der Vereinbarung, der jüdischen Gemeinde das Erdgeschoss für einen längeren Zeitraum mietfrei zu überlassen, um dadurch Unterrichtsräume in der expandierenden jüdischen Schule zu schaffen und die übrigen Räume von Ro 19 an die Universität zu vermieten, damit dort die Akademie der Weltreligionen Raum findet, hat die fast einhellige Zustimmung unseres Landesvorstands gefunden. Verbunden ist dieses Konzept mit einer deutlichen Kaufpreisminderung durch die GEW. Wir werden damit unserer Verantwortung für die Geschichte bezogen auf das Haus Ro 19 gerecht, beenden eine langjährige GEW-interne Auseinandersetzung und einen öffentlichen Streit zwischen der jüdischen Gemeinde Hamburg und der GEW. Gleichzeitig ist das Konzept wirtschaftlich für die GEW verantwortbar – wie die einstimmige Empfehlung für den Verkauf durch die Vermögens- und Treuhandgesellschaft der GEW zeigt.

Leider hat es seit Bekanntwerden des bevorstehenden Verkaufs eine öffentlich geführte Debatte innerhalb der jüdischen Community zwischen verschiedenen Kaufinteressenten gegeben, die den Abschluss des Kaufvertrags verzögern. Das liegt nicht in der Hand der GEW – aber die Kontroverse darüber geht auch nicht auf Kosten oder zu Lasten der GEW. Wir werden euch selbstverständlich sofort informieren, wenn Entscheidungen fallen.

s. auch Artikel hierzu auf S. 53

LVV-Antrag als Diskussionsvorlage (Auszug)

- Die GEW unterstützt die Stadtteilschulen bei ihrem Bestreben, zu einer attraktiven inklusiven Säule zu werden. Dabei kommt den Erfahrungen vieler Gesamtschulen eine wichtige Aufgabe zu. Hierbei stehen insbesondere innovative Konzepte individueller Förderung, fächerübergreifendes Lernen und Binnendifferenzierung im Mittelpunkt. Eine bessere Ausstattung der STS, die Sicherstellung von Oberstufen an allen Standorten und der zügige Ausbau aller Stadtteilschulen zu gebundenen Ganztagschulen sind zentrale Bedingungen dafür, eine attraktive Alternative zum Gymnasium zu bieten.
- Die GEW stärkt die Gymnasien dabei, auf Abschlüssen in den Jahrgängen 5 und 6 zu verzichten und für alle ihre Schülerinnen und Schüler Verantwortung bis zum Ende der Pflichtschulzeit zu übernehmen. Innovative Konzepte individueller Förderung, fächerübergreifendes Lernen und Binnendifferenzierung an Gymnasien unterstützt die GEW. Um dies zu realisieren, brauchen die Gymnasien eine bessere Ausstattung.

der Behörde hätten die Unzulänglichkeit des Systems wieder einmal deutlich gemacht. Die nun bspw. in der Grundschule als obligatorisch beschlossenen individuellen Lernentwicklungsgespräche mit den Eltern wären genauso wenig im Modell abgebildet wie die im Abitur durch die Lehrkraft mit viel Aufwand durchzuführenden Präsentationsprüfungen.

Es sei, so unsere stellvertretende Vorsitzende Sigrid Strauss

Roma-Ab-schiebestopp

Der Bleiberechtsausschuss der GEW und die Fachgruppe Sonderpädagogik fordern den sofortigen Abschiebestopp von Roma in den Kosovo. Die menschenwürdigen Bedingungen, denen die RückkehrInnen dort ausgesetzt seien, widersprechen eklatant unseren Grundsätzen von Humanität. In der Begründung heißt es, dass Deutschland angesichts der Ermordung von 500 000 Sinti und Roma während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung zukommt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen

in ihrem Beitrag, durch das Scheitern der Schulreform viel Geld gespart worden. Es sei nicht hinnehmbar, dass es in den Klassen 5 und 6 die Klassenfrequenzen von 23 SchülerInnen an Stadtteilschulen und 28 an Gymnasien gebe, statt mit 23 bzw. 19 SchülerInnen in KESS 1- und KESS 2-Schulen. Dies sei nicht einzusehen, denn auch ohne Primarschule bestünde die Notwendigkeit kleinerer Klassen und besserer Förderung von SchülerInnen. „Lasst uns darauf dringen, das Geld in den Schule einzusetzen“, schloss die stellvertretende Vorsitzende.

Wenig widersprüchlich war auch die Position zur Hortreform

und zur Inklusion. Beides begrüße man vom Ansatz. Allerdings könnten diese Vorhaben nur dann unterstützt werden, wenn sie finanziell ausreichend ausgestattet seien. In Bezug hierauf habe man große Zweifel. Die Hortreform finanzierungsneutral durchführen zu wollen, wie jetzt geplant, bedeutete eine massive Verschlechterung der Bedingungen für Kinder und Personal; die Inklusion mit geringeren Ressourcen auszustatten, als dies im jetzigen System der Fall sei, hätte die gleiche Wirkung. Dies aber, da waren sich die Delegierten einig, sei mit der GEW nicht zu machen.

JOACHIM GEFFERS



Rauchende Köpfe im Präsidium, v.l.n.r. unser Youngster Frederik Dehnerdt, Matias Töpfer, Sigrid Strauß, Gudrun Hahn